

Krise in den Kommunen

ver.di Jugend Göttingen
3. November 2010



Sabine Reiner
ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik
www.wipo.verdi.de

1. Ohne Moos nichts los

Einnahmeentwicklung, sprudelnde Steuern,
Schuldenbremse, Schulden und künftige
Generationen

2. In Saus und Braus?

Ausgabenentwicklung, internationaler Vergleich,
Gemeindefinanzkommission

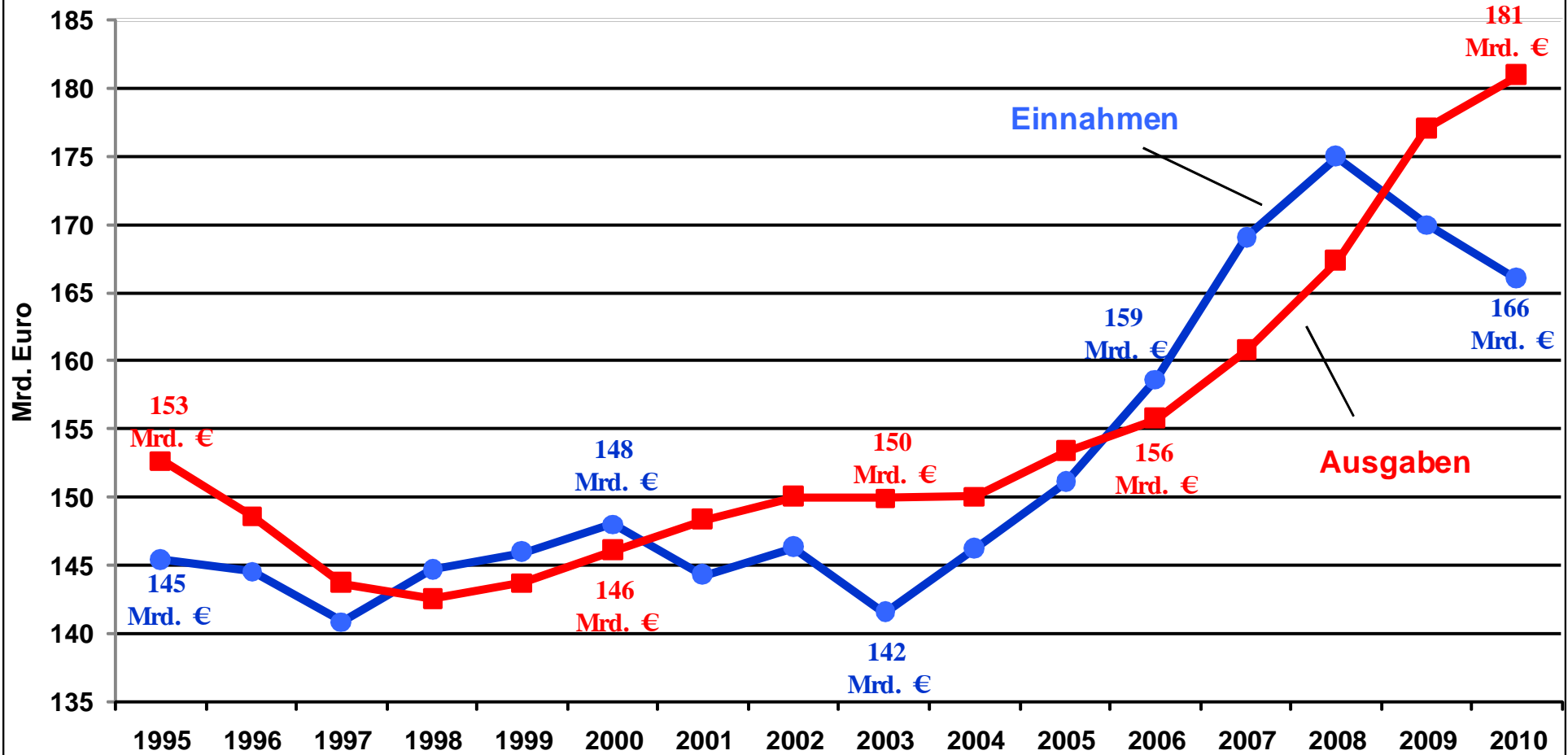
3. Geld her!

Gewerbesteuer und Gemeindewirtschaftsteuer,
Konzept Steuergerechtigkeit

Einnahmen brechen weg

Gemeindefinanzen wieder im Defizit

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



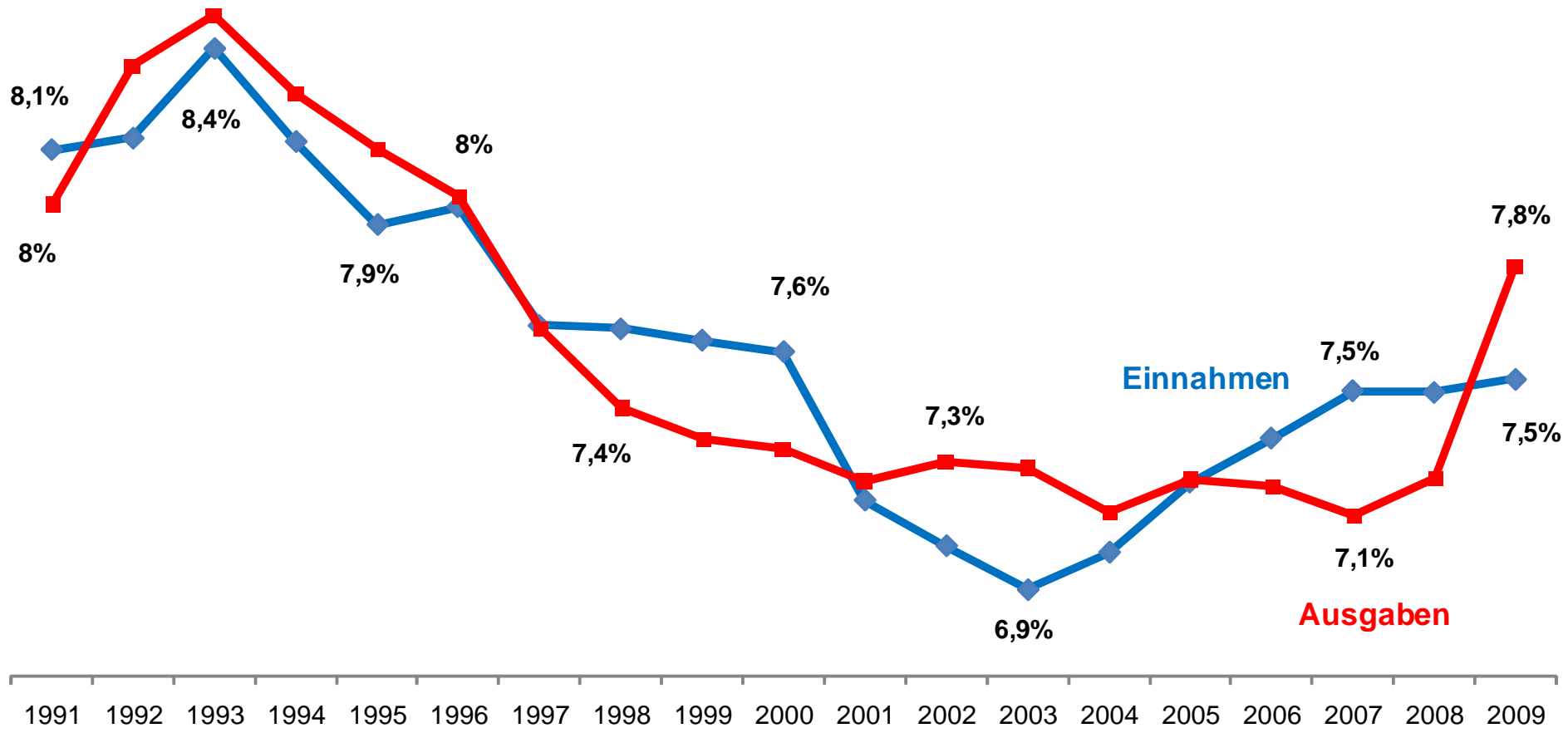
Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010



Kommunalfinanzen

Einnahmen und Ausgaben in Prozent am Bruttoinlandsprodukt

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

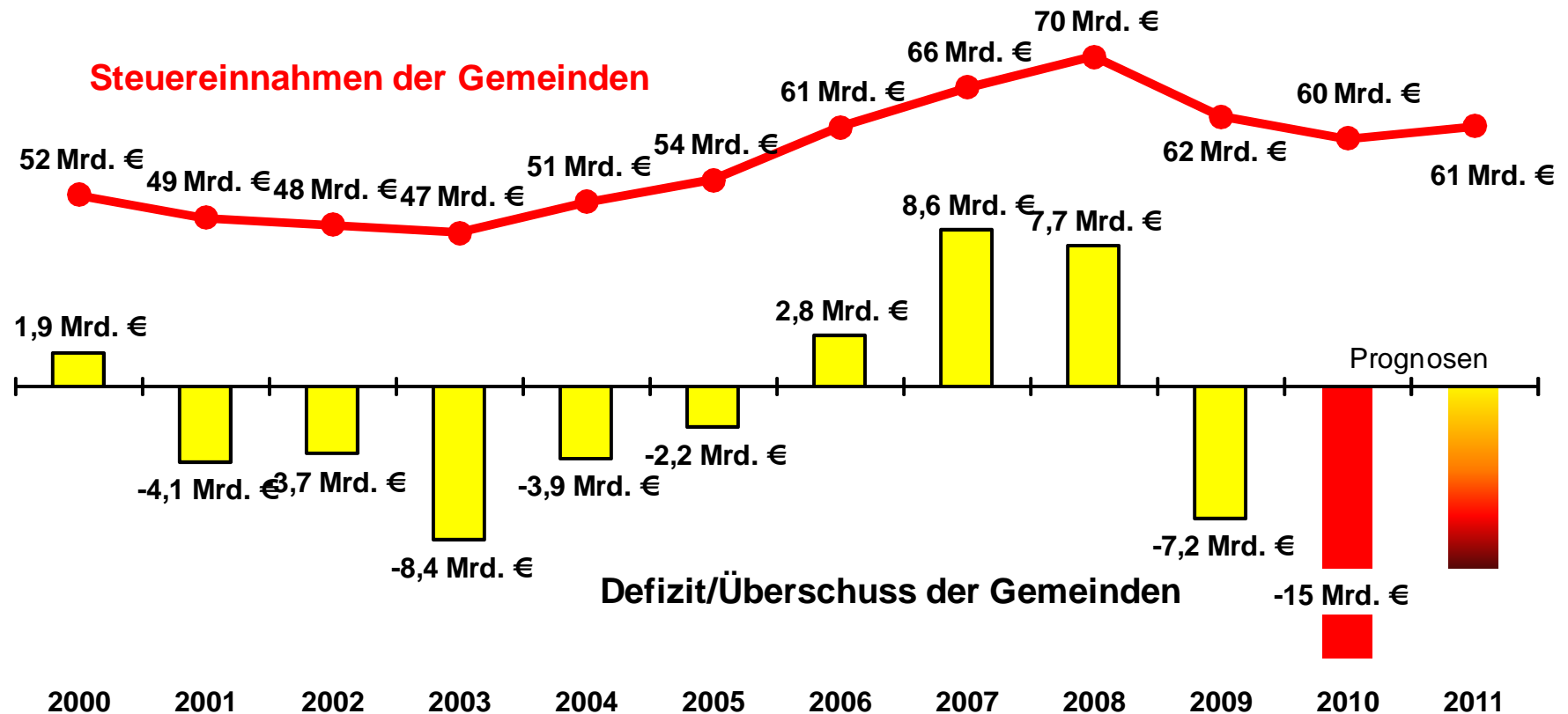


Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnung

Ohne Moos nichts los

Steuereinnahmen und Finanzierungssaldo der Gemeinden

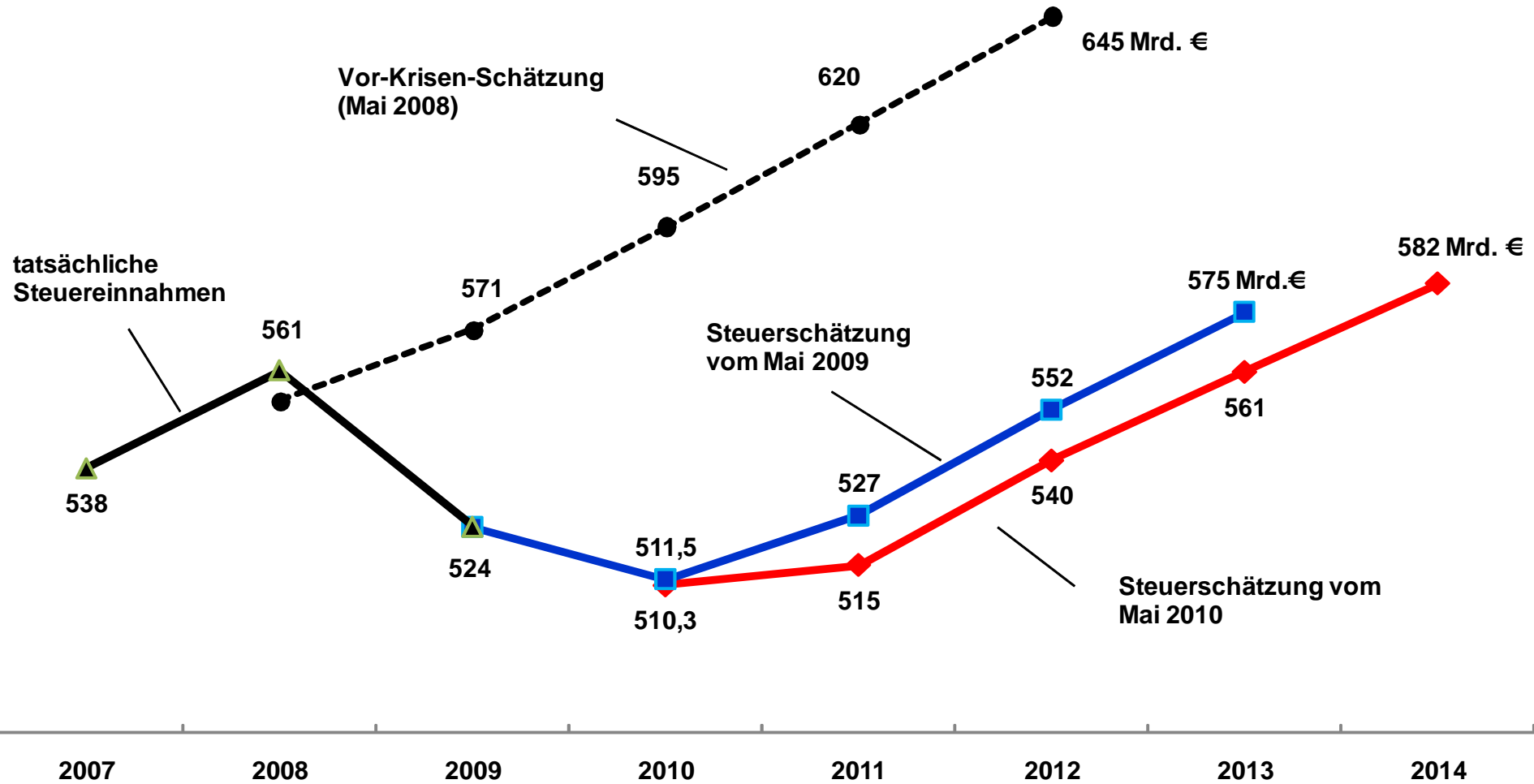
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quellen: Gemeindefinanzenbericht 2010, Prognose der kommunalen Spitzenverbände

Noch weniger als erwartet

Steuereinnahmen in den nächsten Jahren

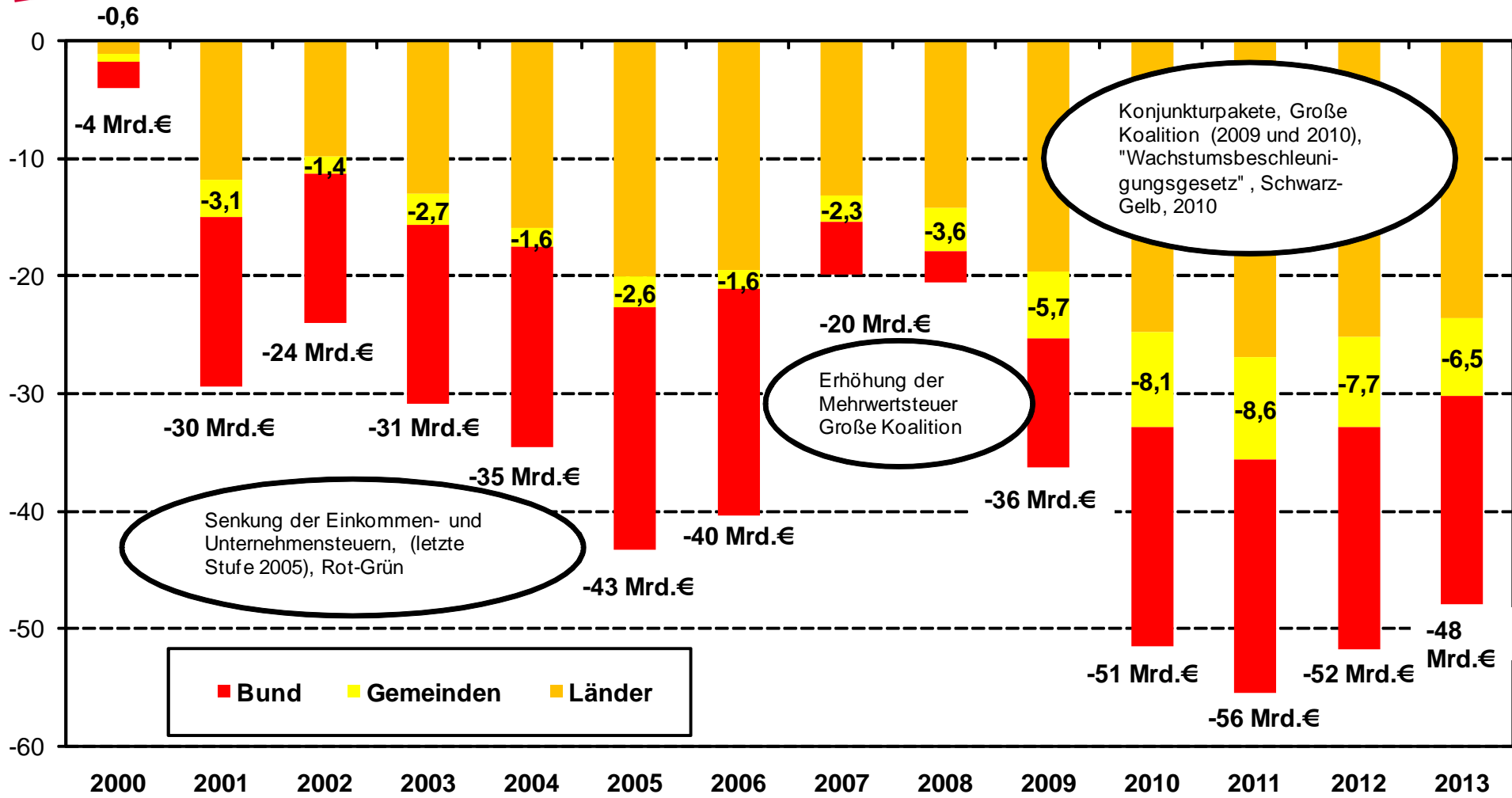


Quellen: Steuerschätzungen



Einnahmeausfälle für Bund, Länder und Gemeinden durch Steuerrechtsänderungen seit 1998

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

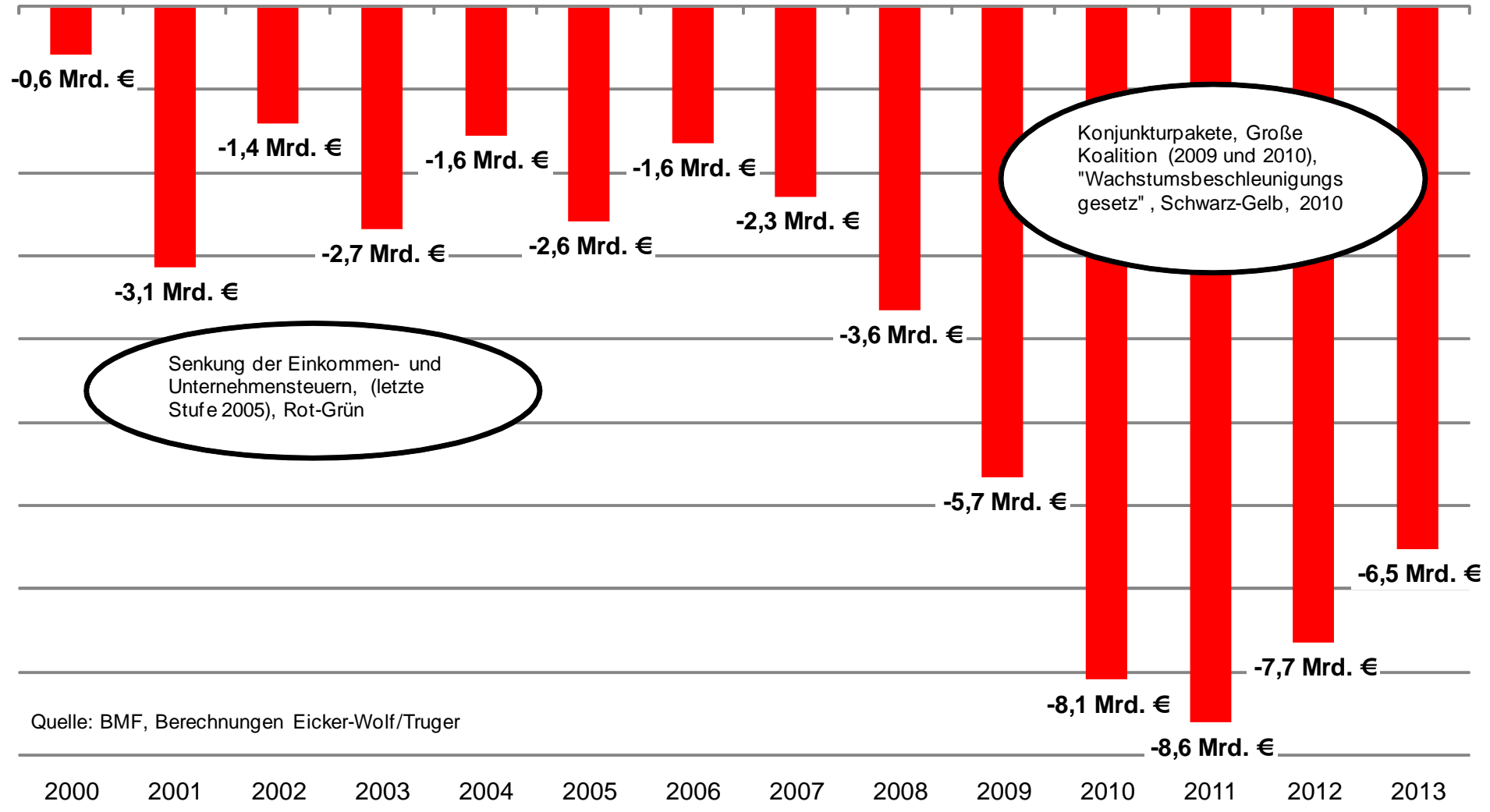


Quelle: BMF, Berechnungen Eicker-Wolf/Truger



Einnahmeausfälle der Gemeinden durch Steueränderungen seit 1998

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

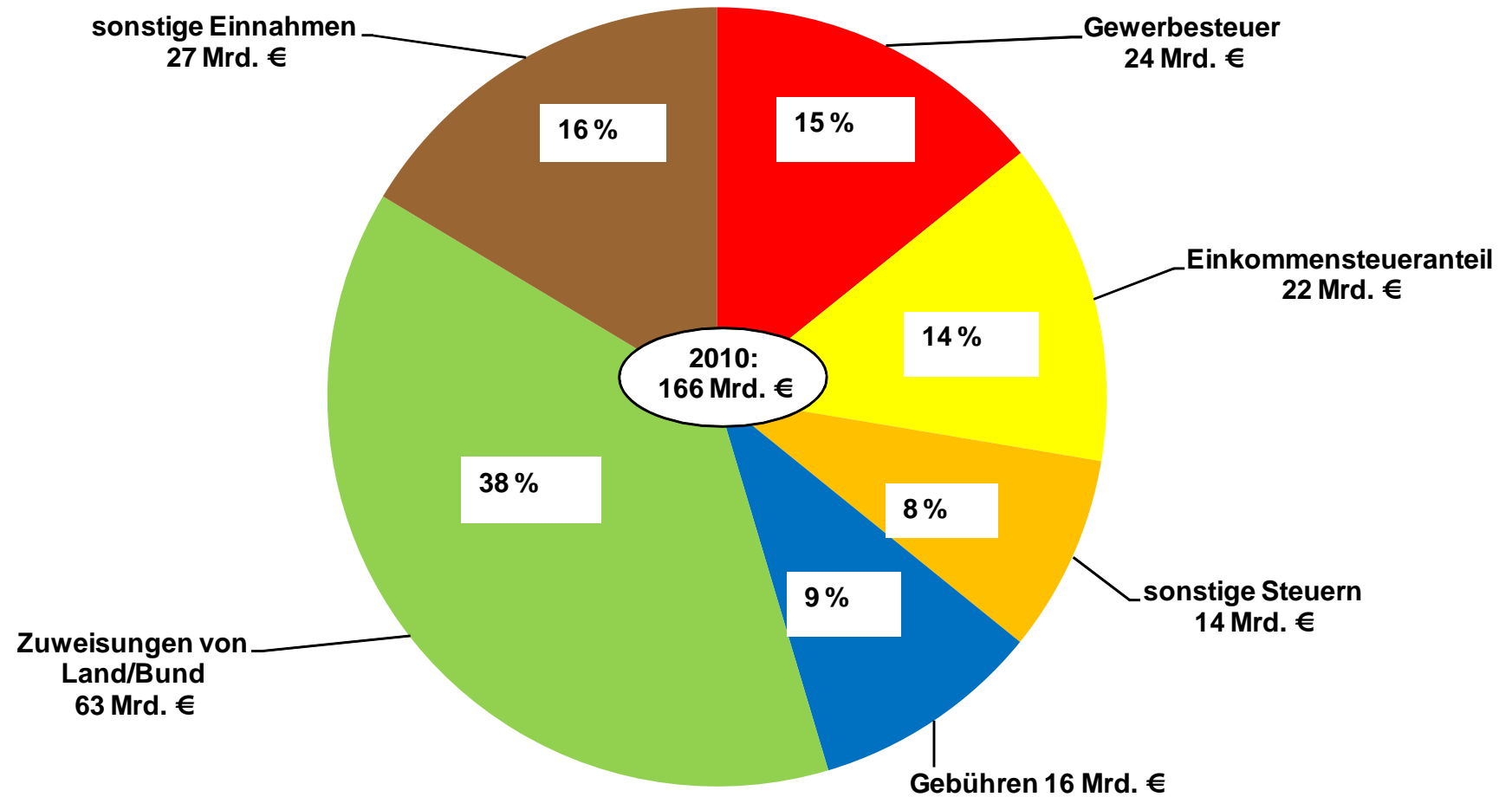


Quelle: BMF, Berechnungen Eicker-Wolf/Truger



Woher bekommen Gemeinden ihr Geld?

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010

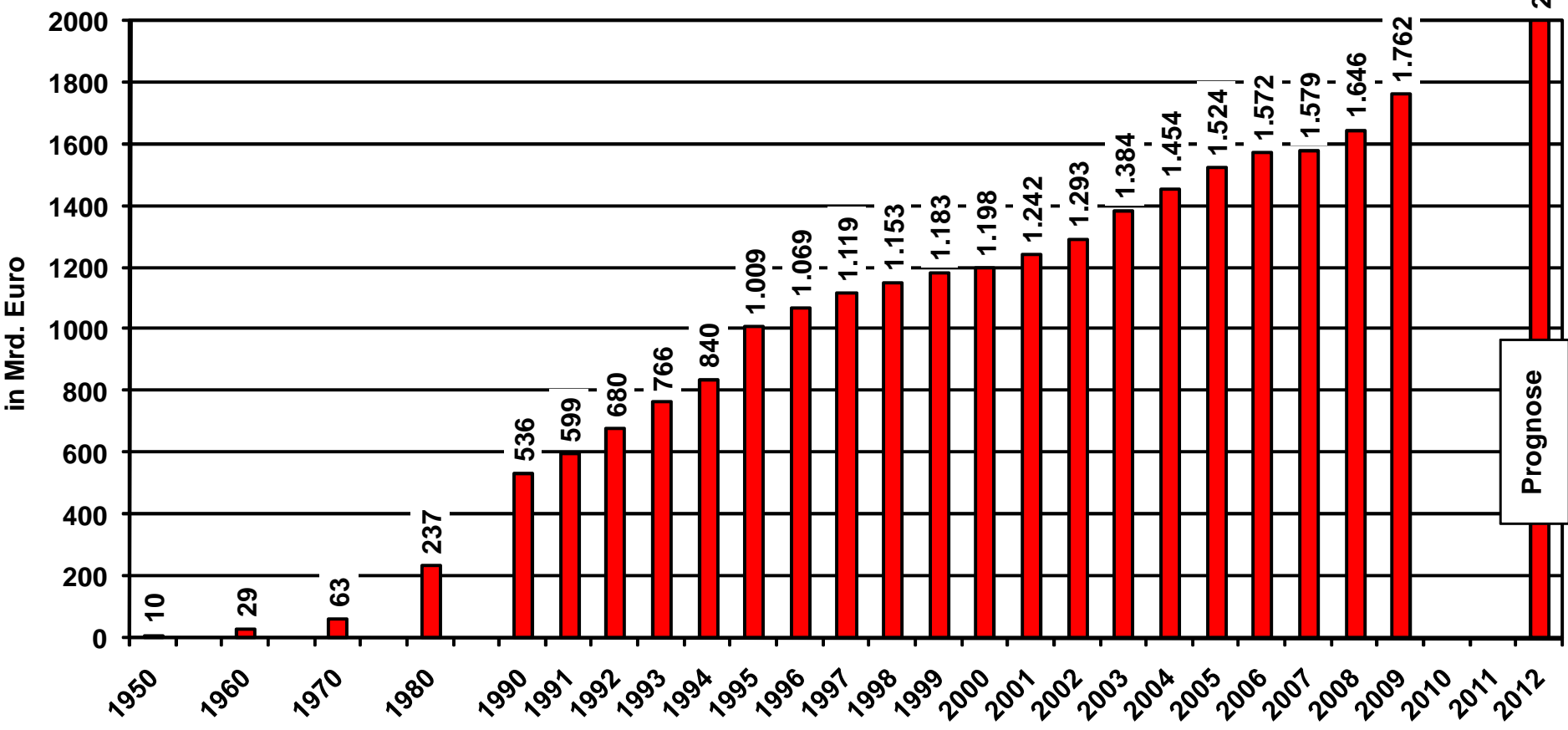
Schuldenbremse

- **Schuldenbremse Bund: Ab 2016 nur noch 0,35% des Bruttoinlandsprodukt an neuen Schulden = 8 Mrd. € (entspricht 10% der für 2013 geplanten Nettokreditaufnahme des Bundes)**
- **Definition strukturelle und konjunkturelle Komponente?**
- **Schuldenbremse Länder: NULL ab 2020**
- **Schuldenbremse bisher: Maastricht-Kriterium**



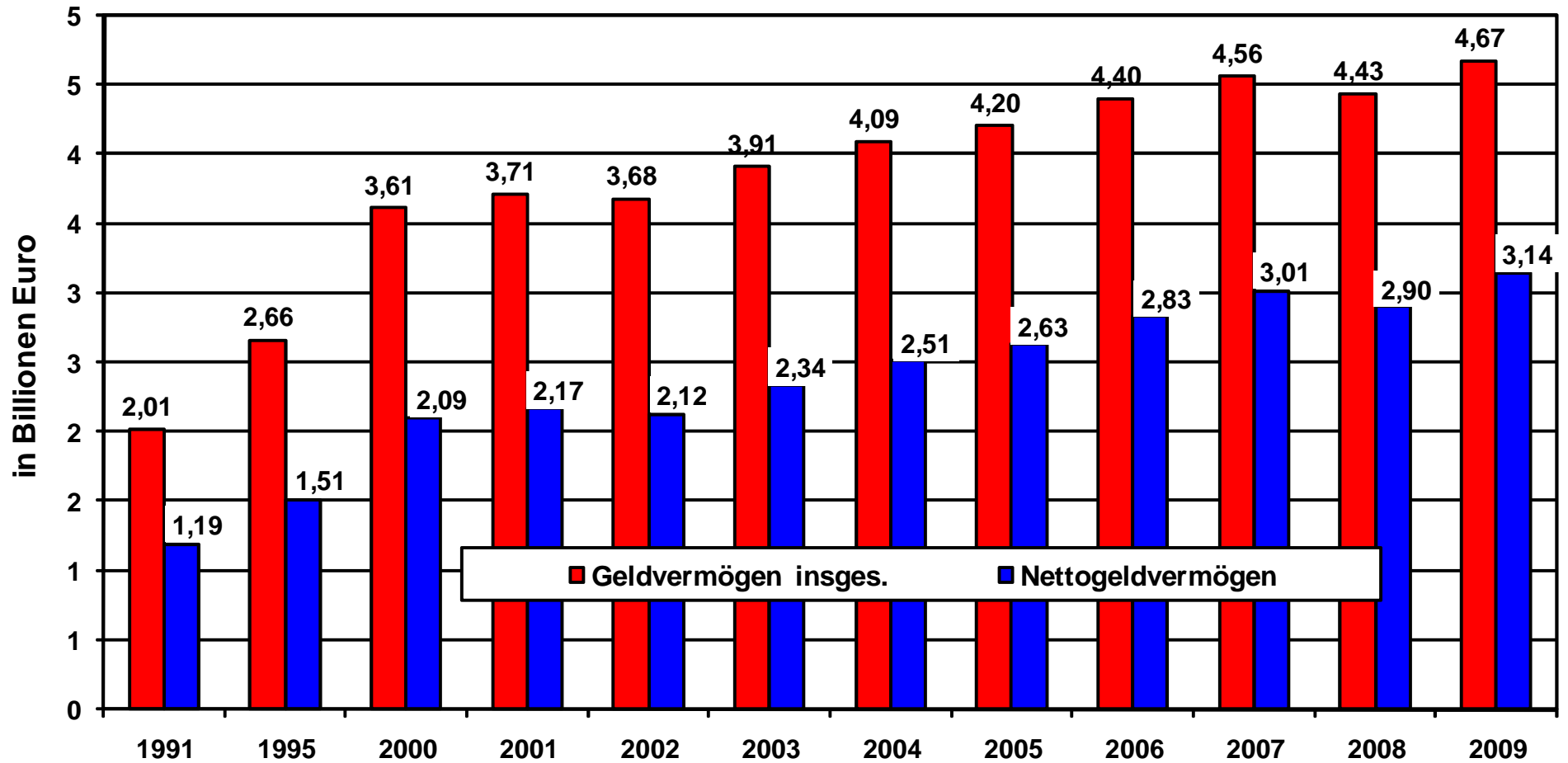
Entwicklung der Staatsschulden Öffentliche Haushalte insgesamt*

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

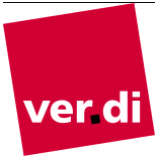


*Bund, Länder, Gemeinden, Sonderrechnungen des Bundes,
Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2003, Deutsche Bundesbank Monatsbericht Mai 2010

Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland



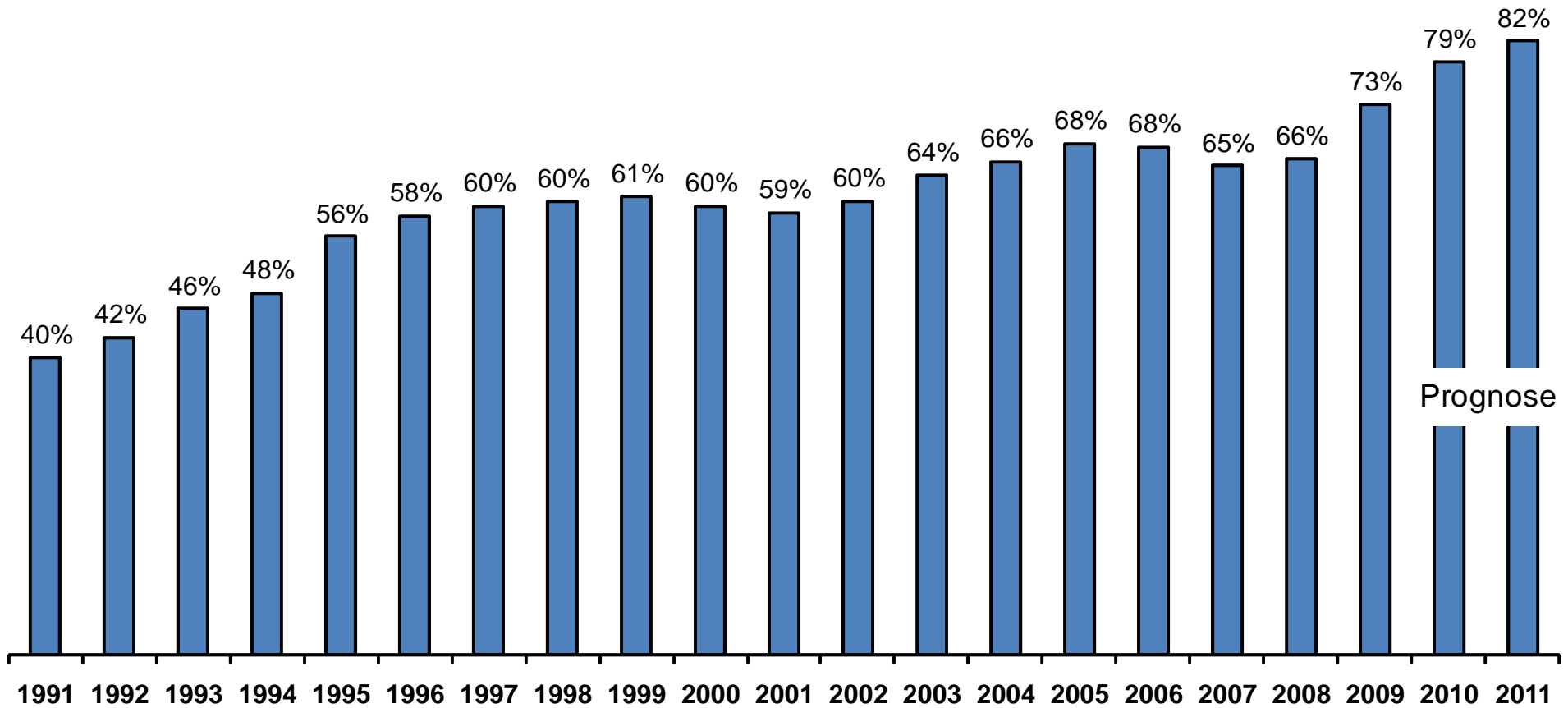
Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, laufende Ausgaben (Stand: Juni 2010)



Entwicklung der Staatsschulden in Deutschland

in Prozent am Bruttoinlandsprodukt

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



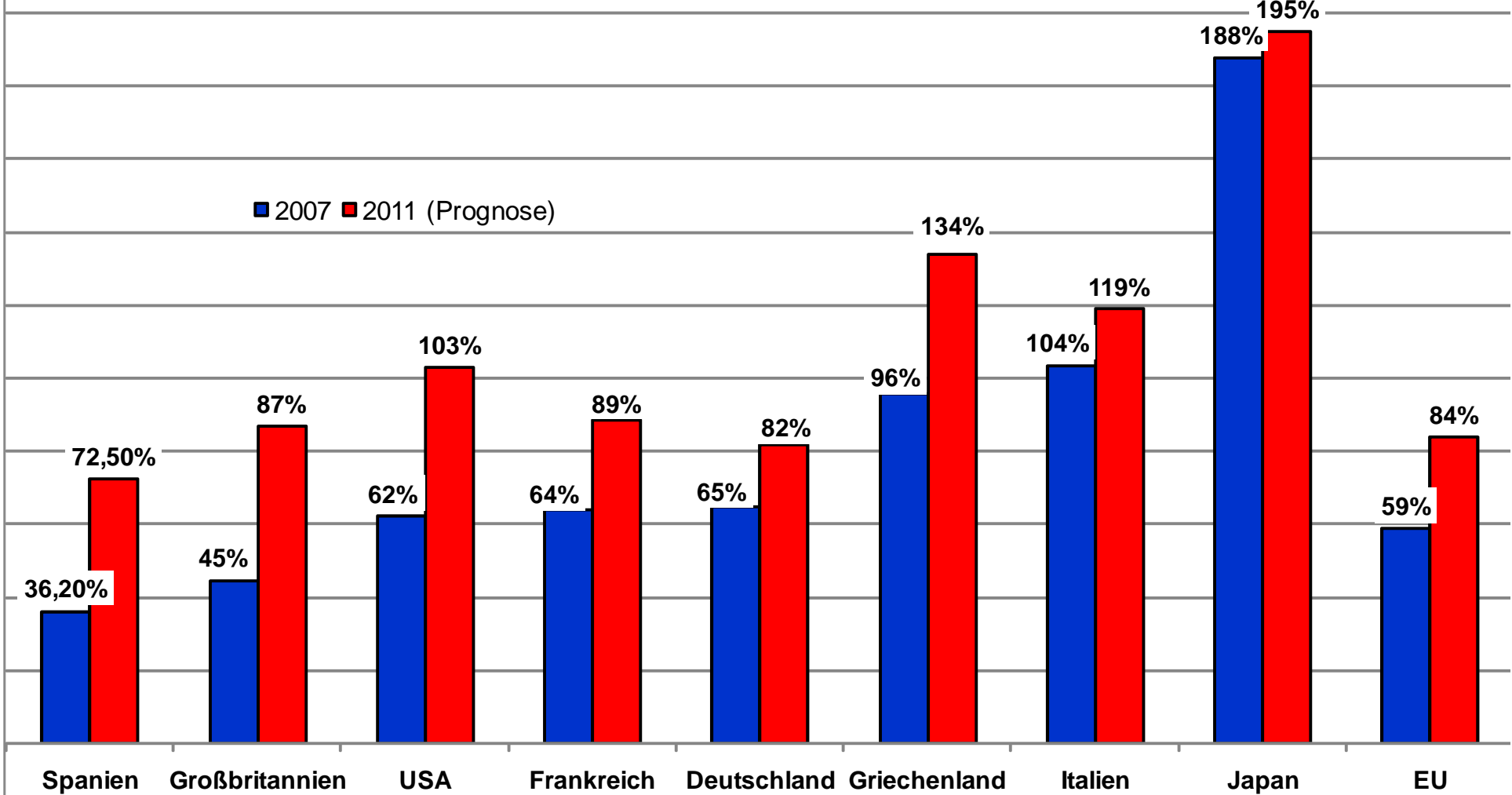
Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 2010, Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht Mai 2010



Wo sind die Grenzen?

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

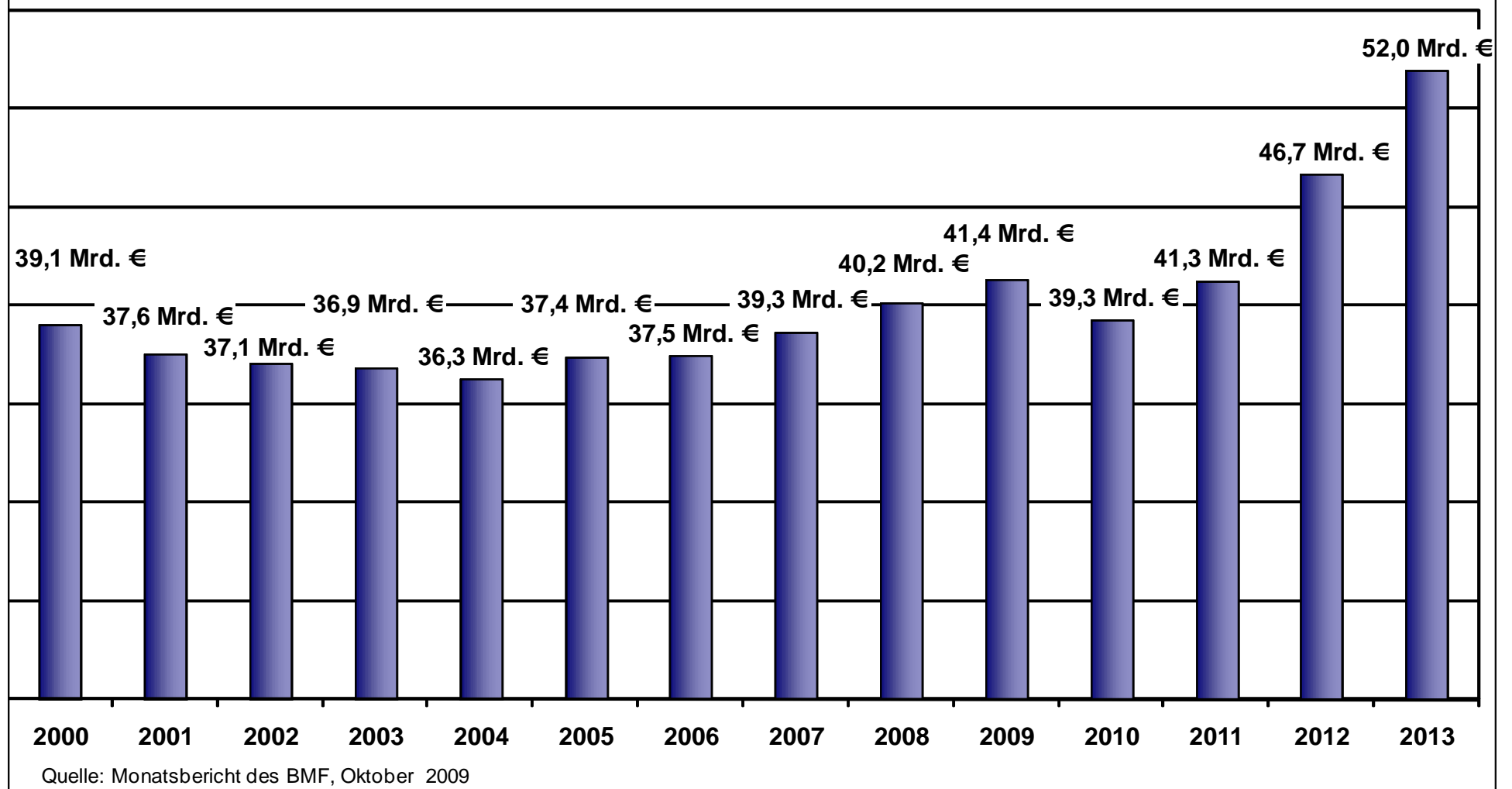


Quelle: EU-Kommission, BMF Monatsbericht Juli 2010



Zinsausgaben des Bundes

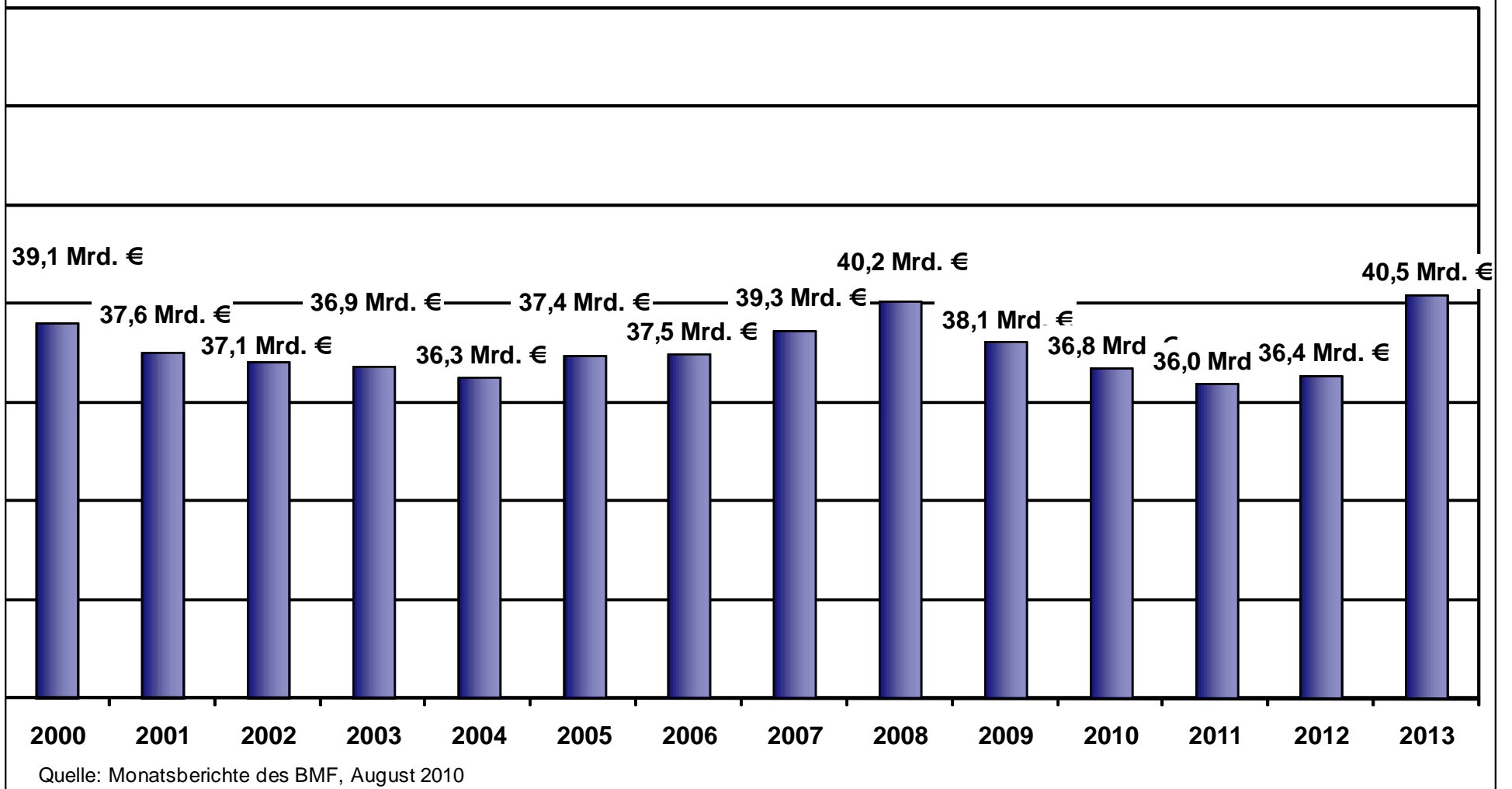
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik





Zinsausgaben des Bundes

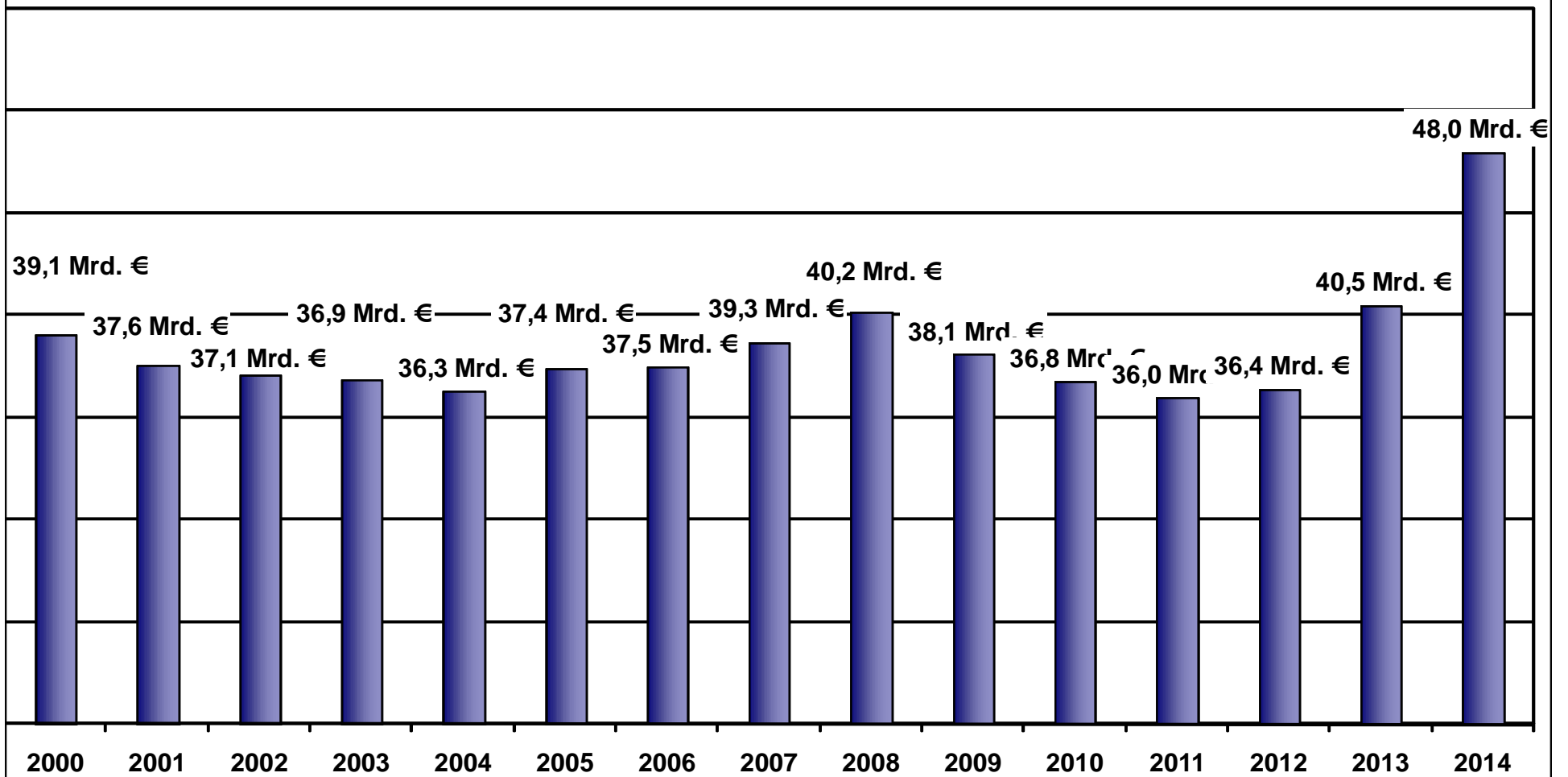
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik





Zinsausgaben des Bundes

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



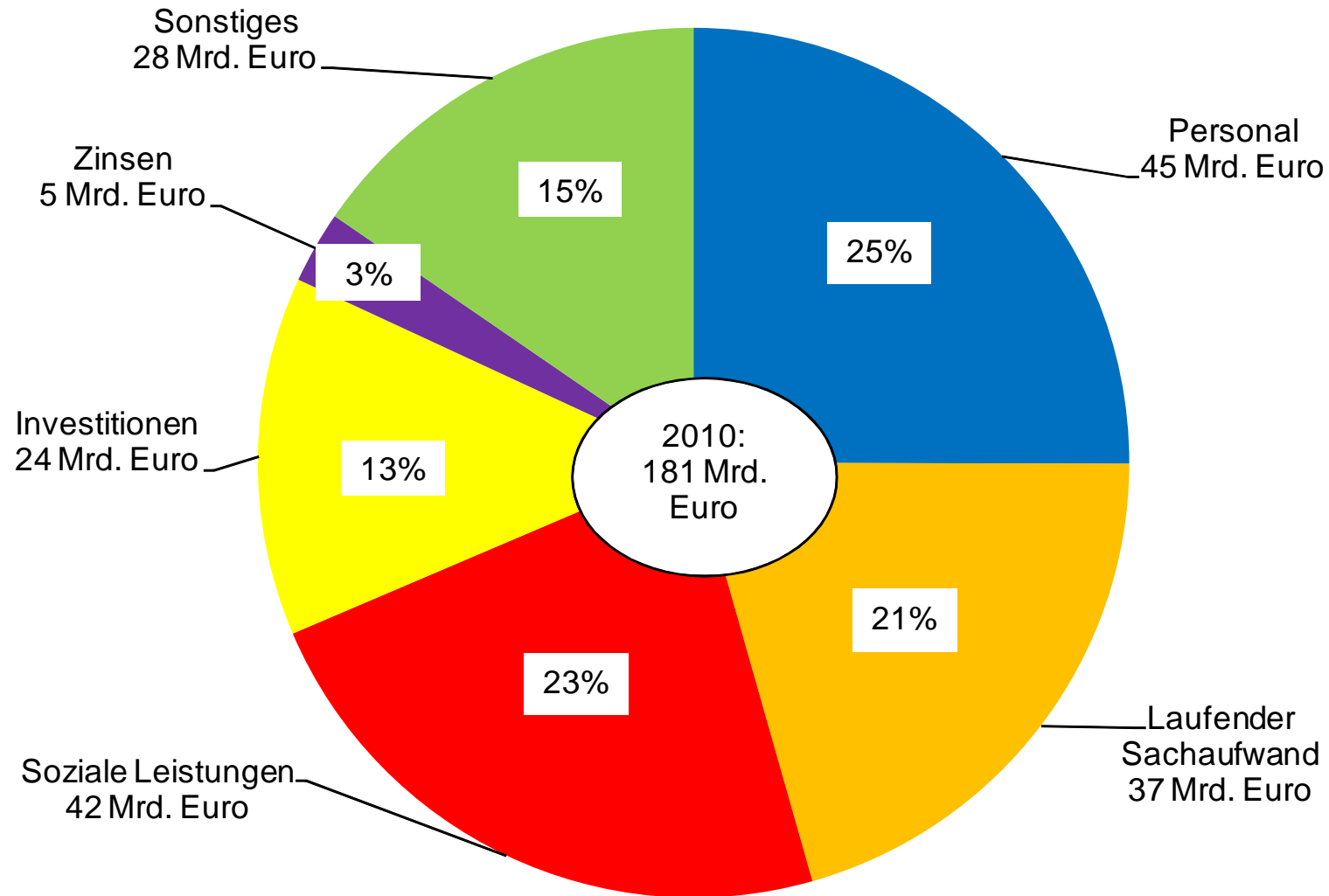
Quelle: Monatsberichte des BMF, August 2010



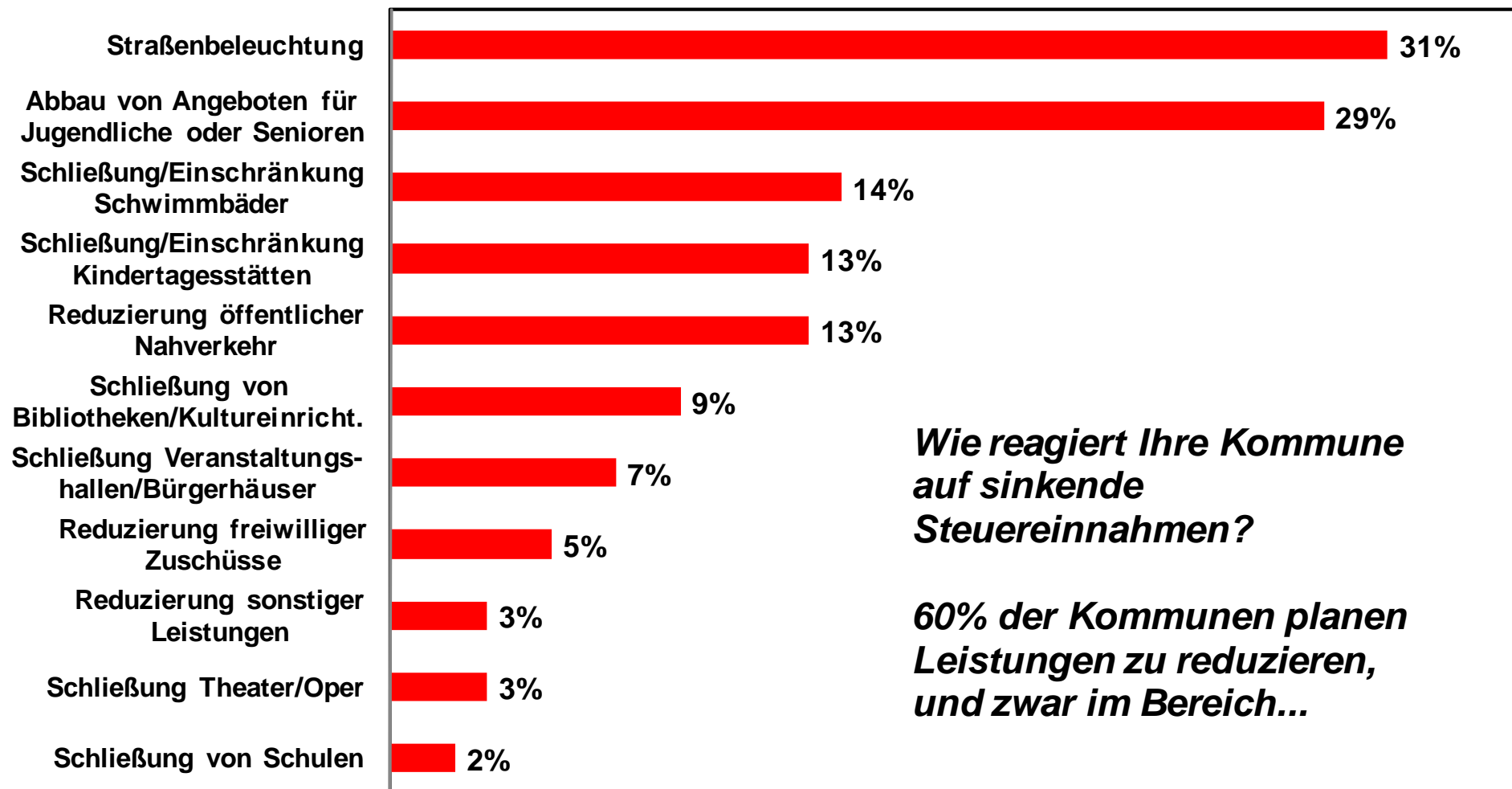


Wofür geben die Gemeinden ihr Geld aus?

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Prognose der kommunalen Spitzenverbände, Februar 2010

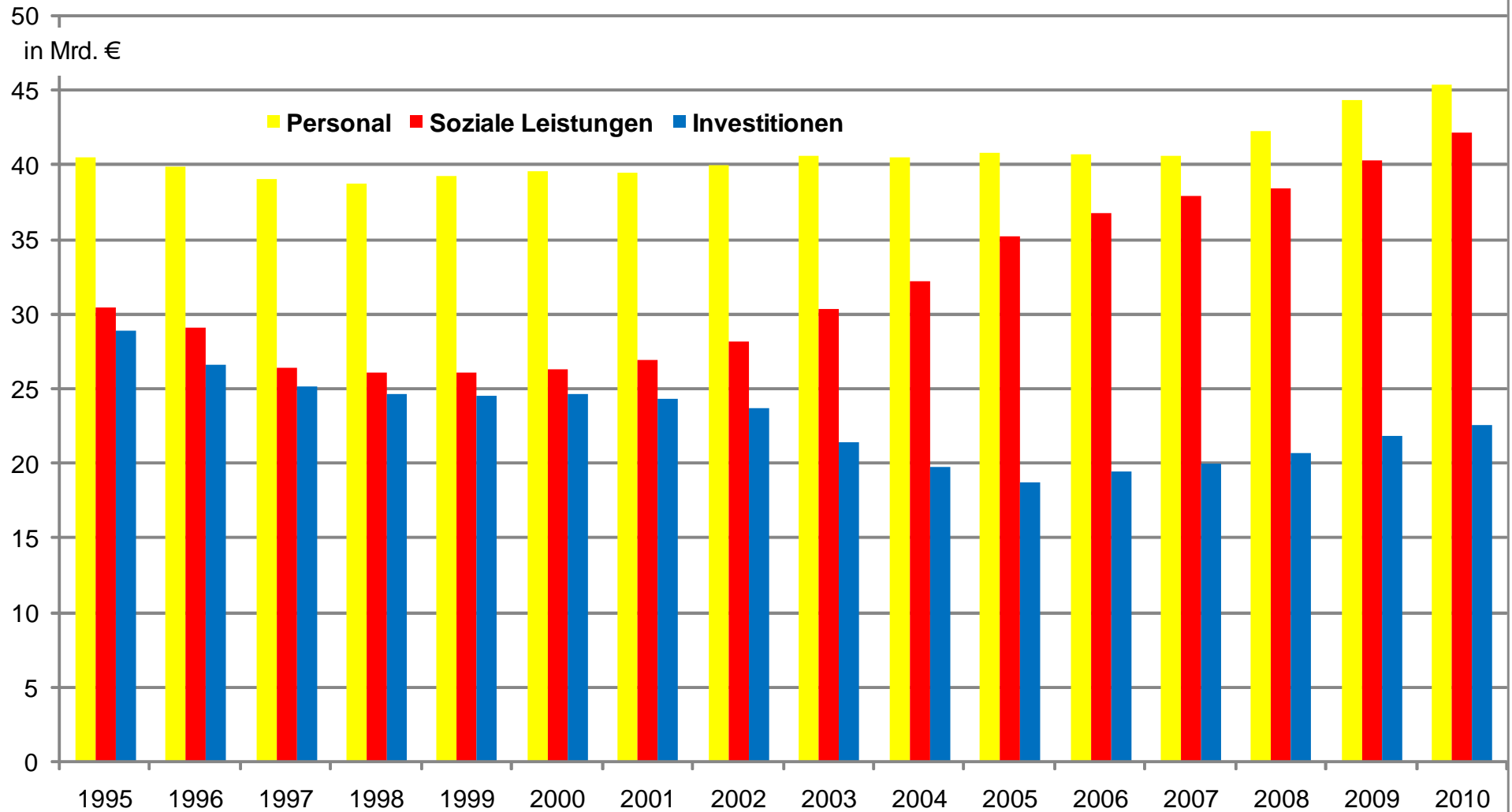




Kommunen brauchen mehr Geld vor allem für Soziales

Ausgewählte Ausgabenbereiche der Kommunen

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



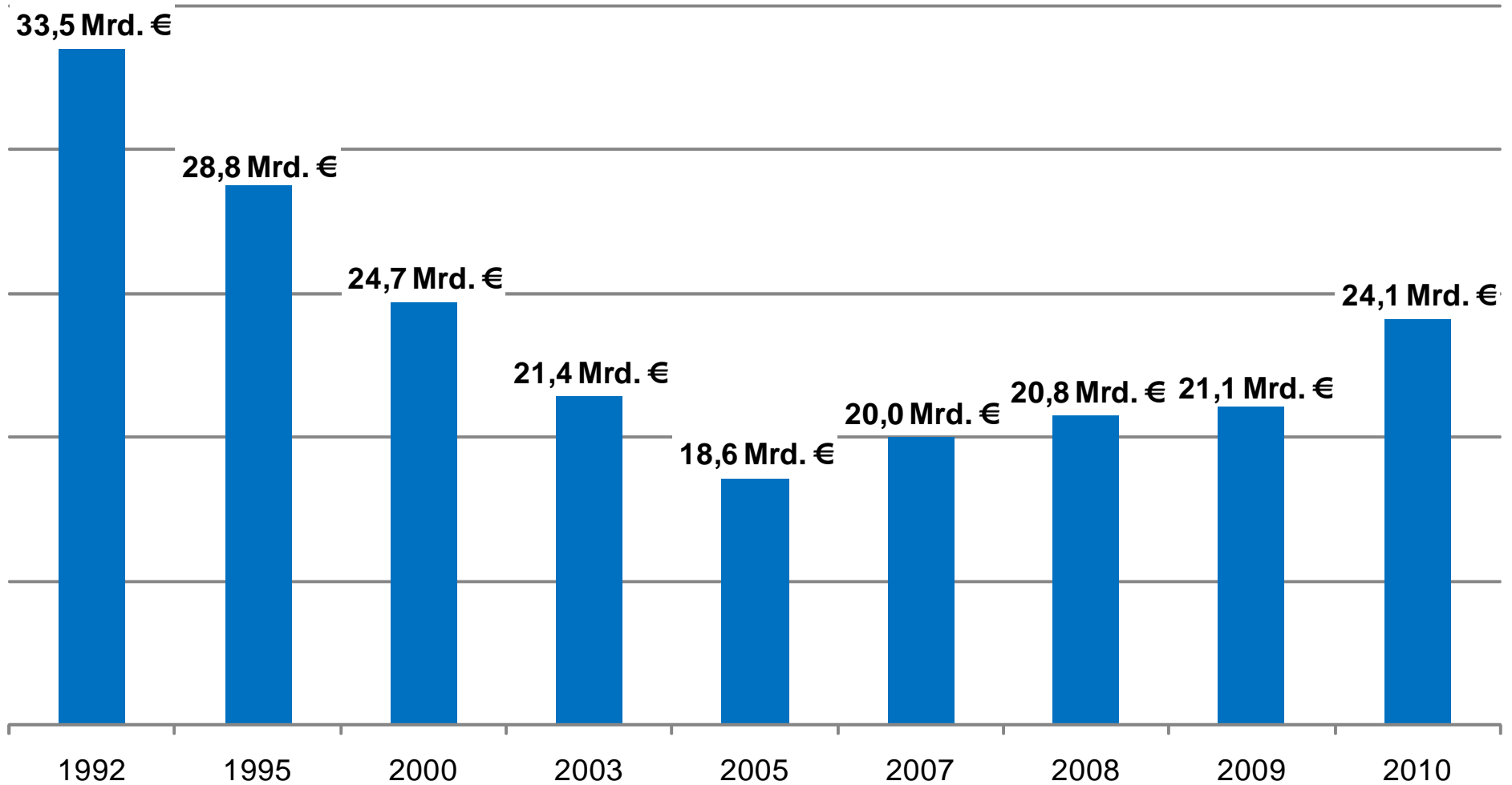
Quelle: Gemeindefinanzbericht 2010



Absturz und leichte Erholung

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Ausgaben der Kommunen für öffentliche Investitionen

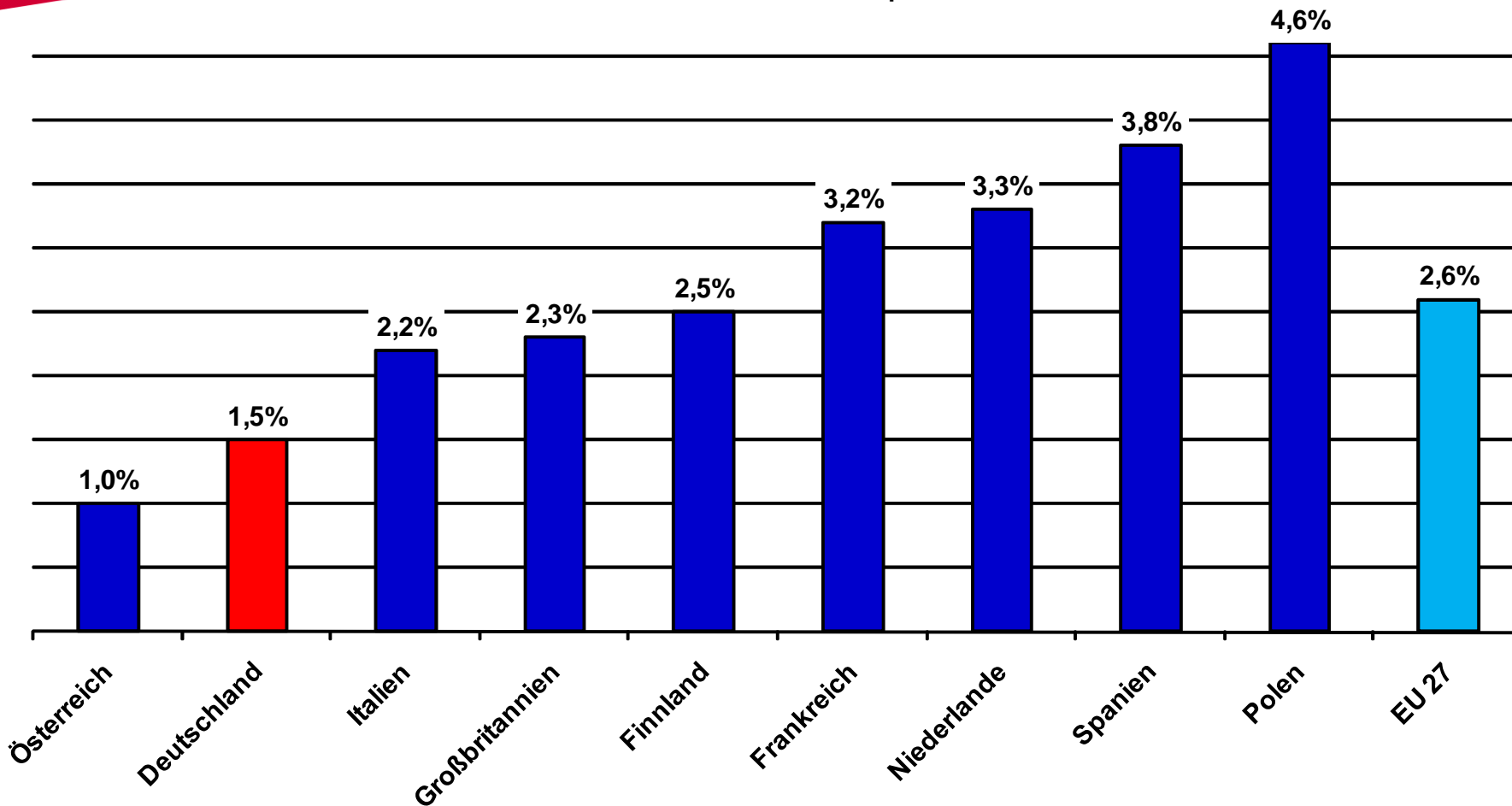


Quelle: Gemeindefinanzbericht 2009, Prognose der kommunalen Spitzenverbände, Februar 2010

Öffentliche Investitionen in Deutschland gering

2008, in Prozent des Bruttoinlandsproduktes

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



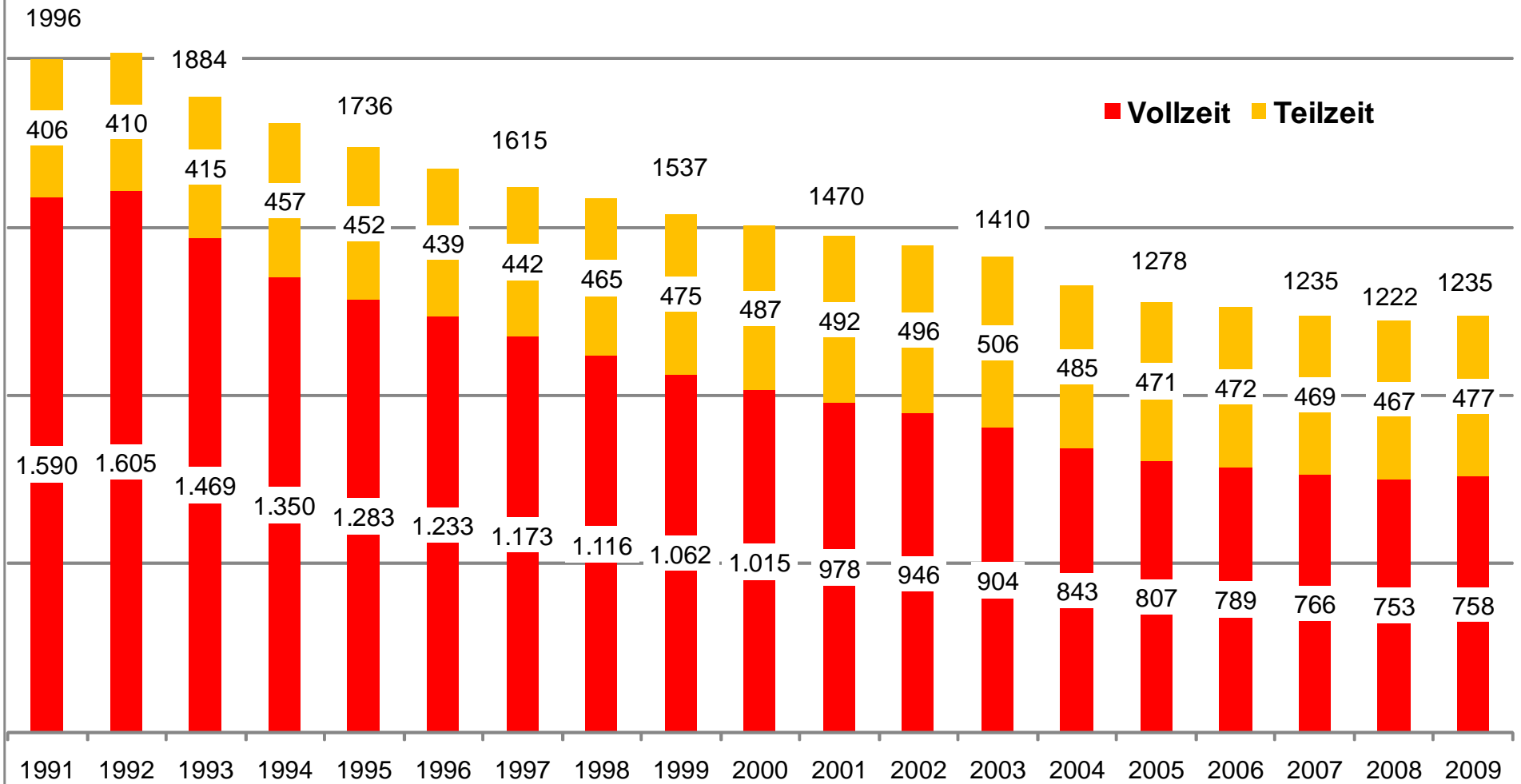
Quelle: Europäische Kommission



Personalabbau in den Gemeinden

Beschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst in 1000

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



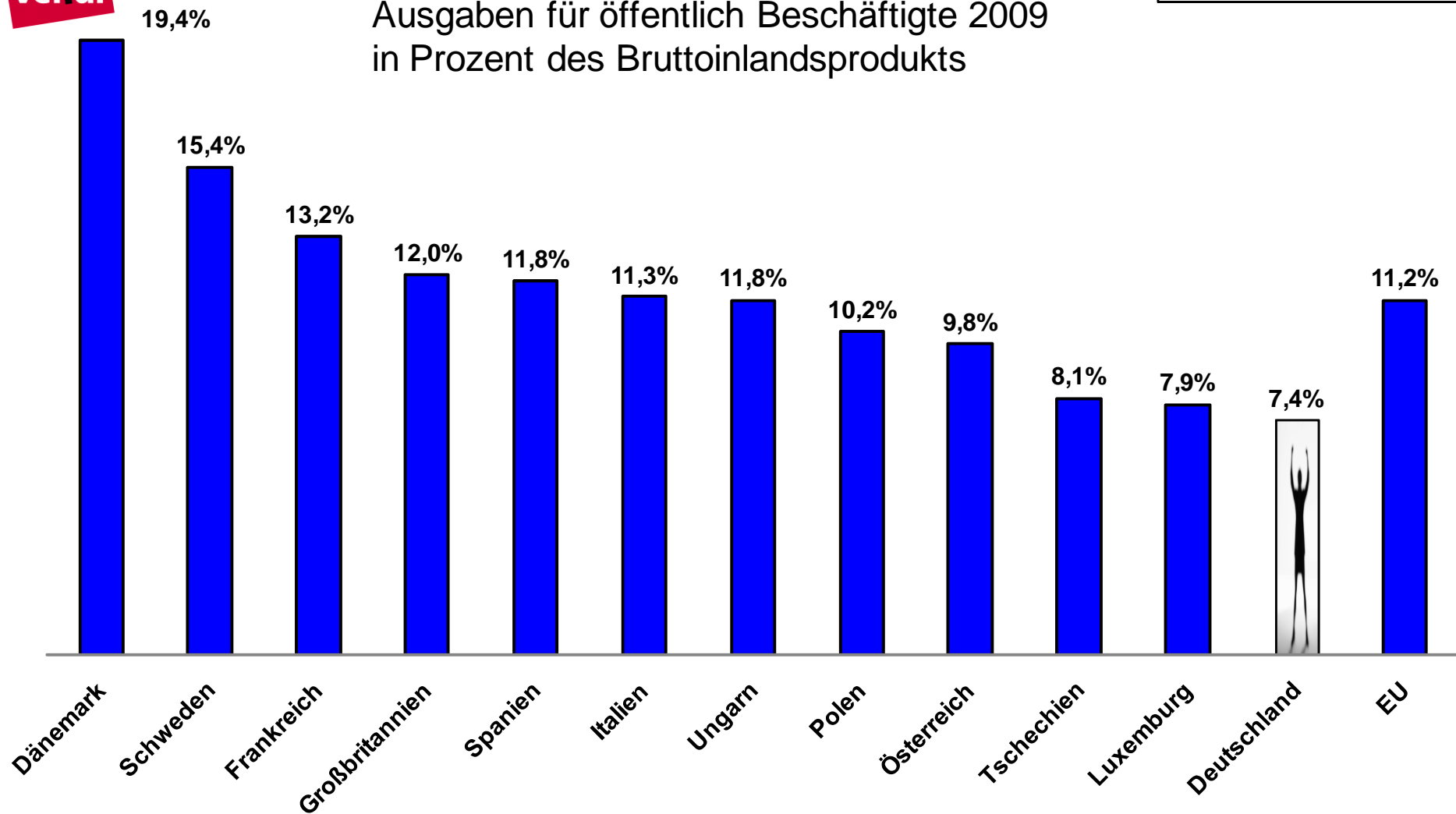
Quelle: Statistisches Bundesamt



Suppenkaspar Deutschland

Ausgaben für öffentlich Beschäftigte 2009
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Europäische Kommission

Staatsausgabenentwicklung in ausgewählten Ländern von 1998 bis 2008

Land/Ländergruppe	nominal	real*	Land/Ländergruppe	nominal	real
EU-27	4,3	1,5	Großbritannien	6,7	5,2
EU-15	3,9	1,8	Slowakische Republik	6,6	0,7
EWU-16	3,8	1,5	Tschechien	6,3	3,5
EWU-12	3,8	1,5	USA	6,3	3,4
Rumänien	30,8	9,5	Norwegen	6,2	4,2
Lettland	14,7	8,6	Malta	5,6	3,0
Island	13,4	8,6	Portugal	5,3	2,4
Estland	12,5	7,5	Niederlande	4,9	2,5
Bulgarien	10,9	4,0	Belgien	4,1	1,8
Irland	10,9	7,3	Frankreich	3,9	2,0
Ungarn	9,5	2,6	Finnland	3,9	2,1
Slowenien	9,2	3,5	Italien	3,6	1,2
Zypern	9,0	6,1	Schweden	3,5	1,8
Litauen	8,7	5,8	Dänemark	3,2	1,1
Luxemburg	7,6	4,6	Österreich	3,0	1,1
Polen	7,5	3,5	Schweiz	2,0	-
Griechenland	7,4	4,8	Deutschland	1,4	-0,2
Spanien	7,3	3,9	Japan	-1,3	-1,1

Wir werden eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung einsetzen. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode

Die Kommunen haben nie um eine Abschaffung der Gewerbesteuer gebeten. Sie möchten im Gegenteil die Gewerbesteuer stärken. Man wird ... den Verdacht nicht los, dass es einigen politischen Akteuren nicht in erster Linie darum geht, die kommunale Finanzlage zu verbessern, sondern wieder einmal nur um die Abschaffung der Gewerbesteuer.

Gemeindefinanzbericht 2010, Einleitung

Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung

Kommissionsmitglieder:

Bundesminister: Finanzen, Inneres, Wirtschaft

Drei Vertreter/innen der kommunalen Spitzenverbände

Sechs Finanz- bzw. Innenminister der Länder

Arbeitsgruppen:

Kommunalsteuern

Standards

Rechtsetzung

Zeitplan:

Zwischenbericht im Sommer

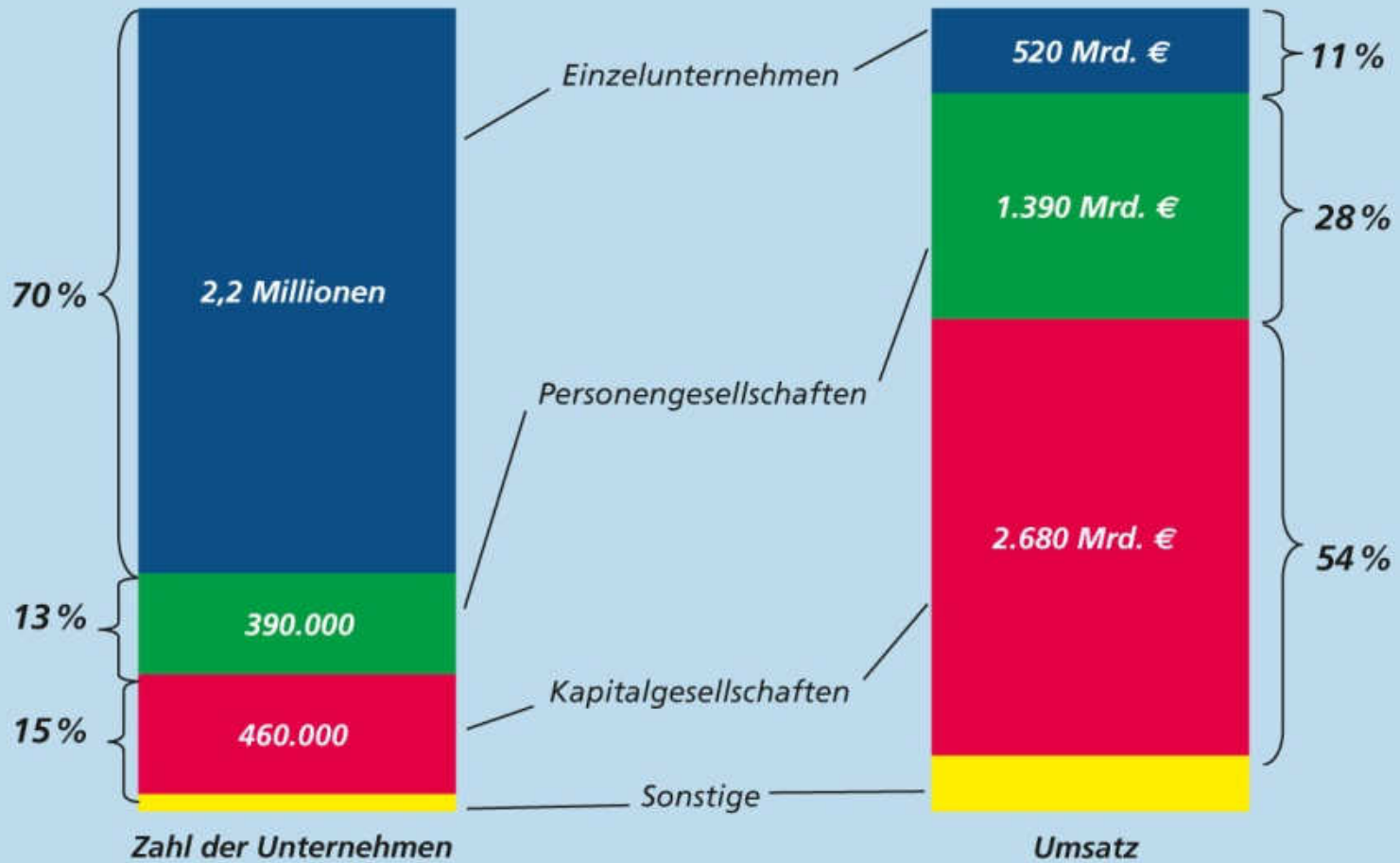
Ergebnis im Herbst

Nr. der Kategorie	Bezeichnung Kategorie	Anzahl der Meldungen
I.	<i>Standards ohne Lastenverschiebung zwischen den öffentlichen Ebenen</i>	163
I.1	Gebührenänderung	9
I.2	Verfahrensänderung	84
I.3	Wegfall des Standards	32
I.4	Absenkung des Standards	38
II.	<i>Standards mit Lastenverschiebung zwischen den öffentlichen Ebenen</i>	53
II.1	Verschiebung zum Bund	42
II.2	Verschiebung zum Land	1
II.3	Verschiebung zur Sozialversicherung	5
II.4	Sonstige Verschiebung	5

Zwischenbericht, Gemeindefinanzkommission, AG Standard, Juni 2010

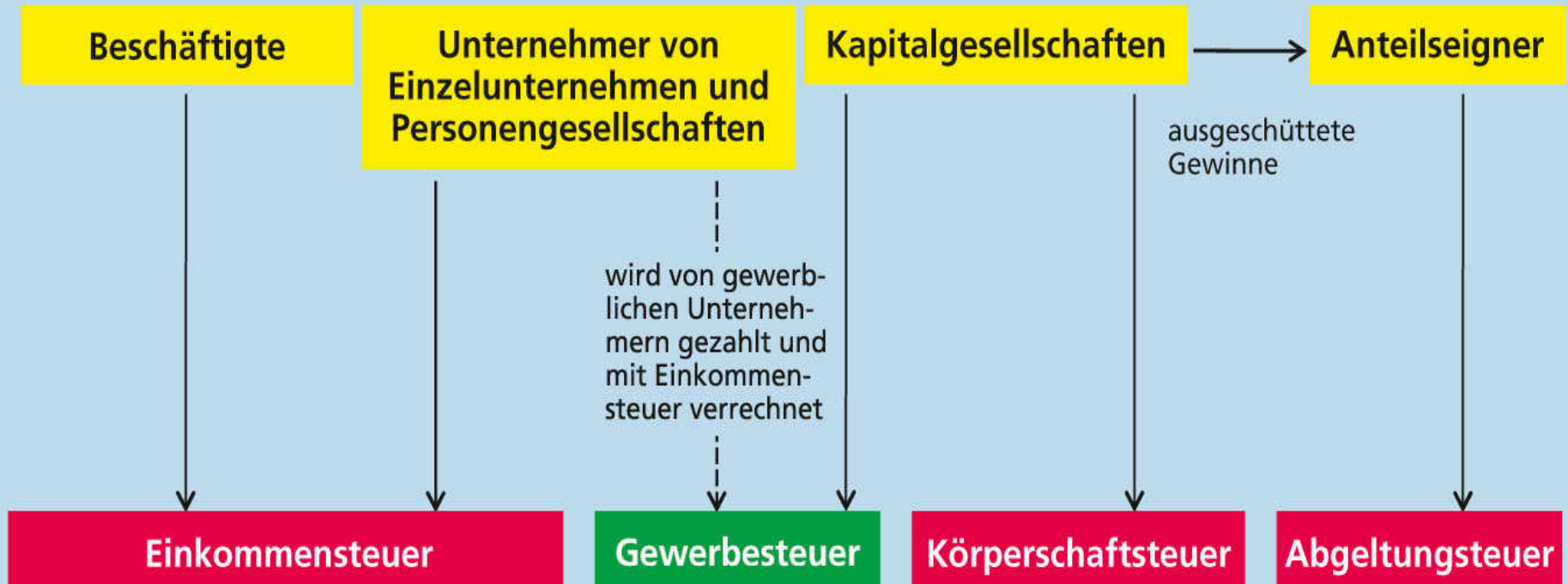


Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen in Deutschland 2006



Quelle: Umsatzsteuerstatistik

Besteuerung von Unternehmensgewinnen: wer zahlt was



Alternativen für Gemeindefinanzen

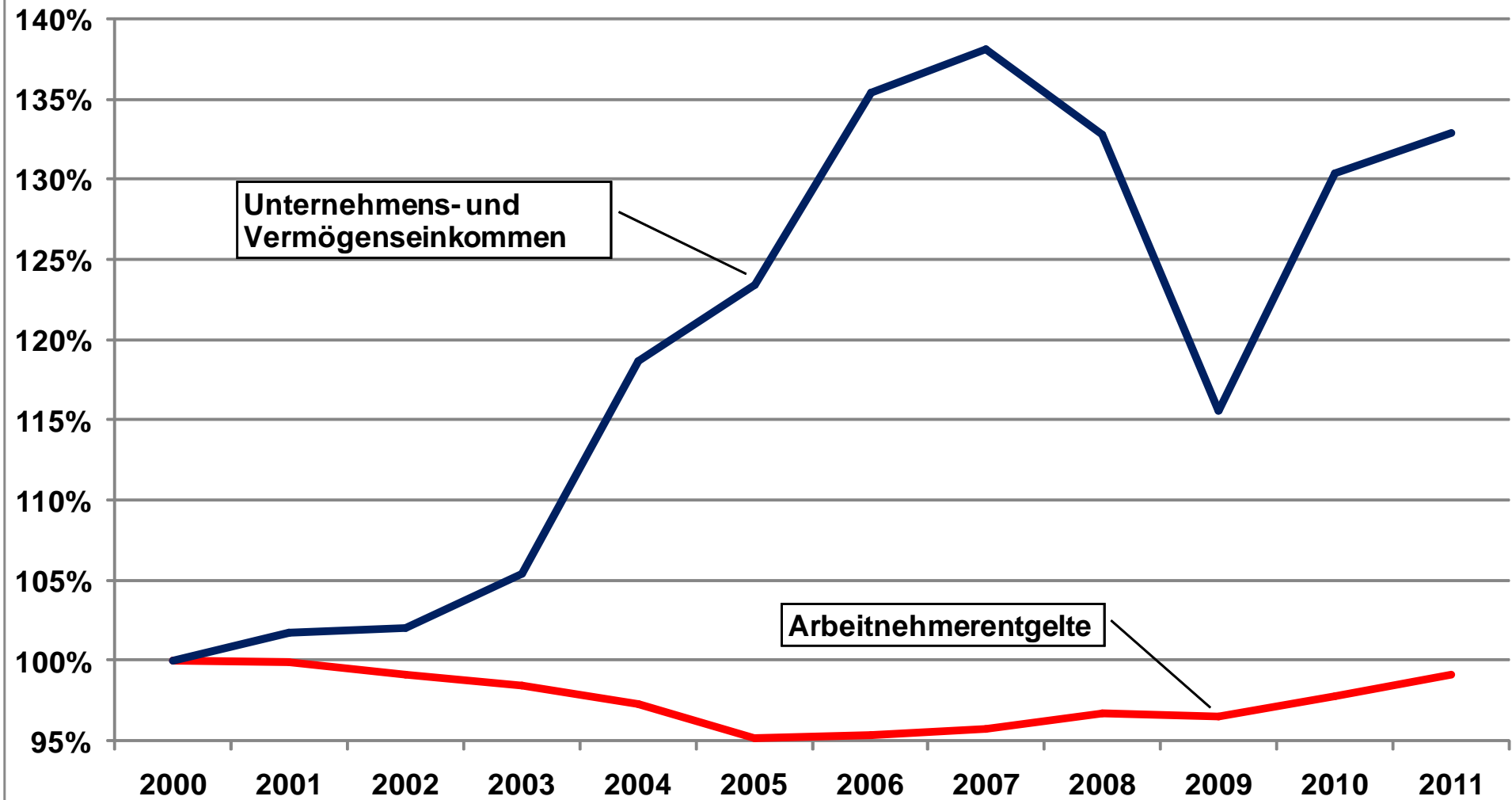
- Die Gewerbesteuer muss erhalten und zu einer Gemeindefinanzsteuer ausgebaut werden. Alle Betriebe und gut verdienende Selbständige müssen beitragen.
- Der Bund muss einen höheren Anteil an den Kosten für Arbeitslose übernehmen. Die Länder müssen ihre Zuweisungen erhöhen.
- Die am stärksten verschuldeten und unter besonders hoher Arbeitslosigkeit leidenden Städte und Gemeinden brauchen einen Rettungsschirm.
- Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und höhere Steuern auf große Erbschaften bringen über 25 Milliarden Euro in die Kassen von Ländern und Gemeinden.



Löhne stagnieren - Gewinne explodieren

Preisbereinigte Entwicklung 2000 - 2011

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010, eigene Berechnungen

Alternativen gegen Sozialkahlschlag

Der Sozialstaat darf nicht ruiniert werden. ver.di will die Staatsfinanzen stärken und mehr Steuergerechtigkeit. So könnte der Staat pro Jahr rund 75 Milliarden Euro mehr einnehmen als heute.

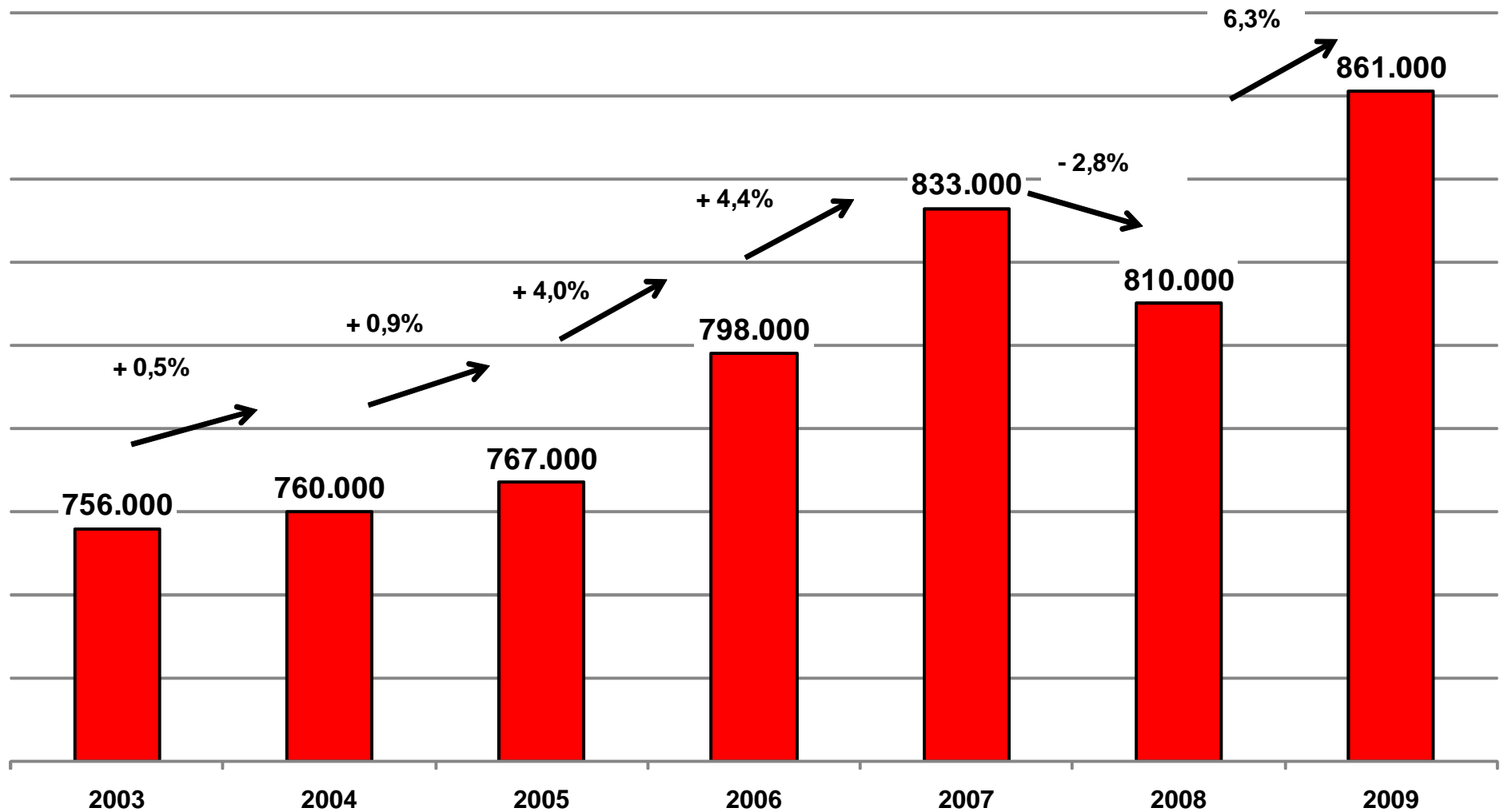
- Schluss mit der Steueroase Deutschland für Reiche! Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt und große Erbschaften müssen stärker besteuert werden.
- Der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer muss auf mindestens 50 Prozent erhöht und Steuerhinterziehung besser bekämpft werden.
- Finanzstarke Unternehmen müssen wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.
- Die Spekulanten müssen mit einer Finanztransaktionssteuer zur Kasse gebeten werden.



Comeback der Millionäre

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

Personen in Deutschland mit einem Nettovermögen von über 1 Million US-Dollar



Quelle: World Wealth Report 2010

„Solidarisch finanzieren“

Konzept Steuergerechtigkeit von ver.di

Hier soll etwas geändert werden	So viel fließt mehr in die Staatskasse
Lohn- und Einkommensteuer	+ 4 Milliarden Euro
Vermögensteuer	+ 20 Milliarden Euro
Erbschaftsteuer	+ 6 Milliarden Euro
Unternehmensteuer	+ 20 Milliarden Euro
Gemeindewirtschaftsteuer	+ 3 Milliarden Euro
Finanztransaktionsteuer	+ 10 Milliarden Euro
Steuervollzug	+ 12 Milliarden Euro
insgesamt	+ 75 Milliarden Euro

gerecht-
geht-
anders.de



- **Gute Arbeit und gutes Geld**
- **Stärkung der solidarischen sozialen Sicherung**
- **Mehr und gerechte Steuereinnahmen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben**
- **Finanzkraft von Städten und Gemeinden sichern**
- **Öffentliches Investitionsprogramm für umweltverträgliches Wachstum und Beschäftigung**
- **Ausgeglichene Entwicklung von Binnenmarkt und Export**